Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 71 (1996)

Heft: 7-8

Anhang: Extra 2 : Wohnen & Mitwirkung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Extra 2

Wohnen & Mitwirkung

Mitbestimmung

in Basler Wohnstadt 2–9

Reden miteinander 10–11

Die Stadt gehört allen 12–13

Geringe Nachfrage 14–15

Kurzgeschichte 16–17

Sommerparty 18–19

Comic & Suchbild 20

Rätsel 23

BILD
RONI ULMANN

«Glänzend gespült.»

Seit Generationen glänzt Therma in Küche und Haushalt mit brillianten Geräten. Mit blitzsauberer Technik auf dem neuesten Stand. Und nicht nur überaus sanft zum Geschirr, sondern ebenso zu unserer Natur. Glasklar, dass dazu eine Auswahl für jedes Haushaltbudget und jedes Bedürfnis gehört.

Wann machen Sie Bekanntschaft mit dem besten Geschirrspüler?

therma

THERMA AG
Haushaltapparate, Flurstrasse 56, 8048 Zürich, Telefon 01 491 75 50, Fax 01 492 07 44

Kochen, backen,
lüften, spülen, kühlen
und waschen mit Therma.

Therma – der sichere Wert!

SIEMENS

Spart Einkaufswege:
In der 0-Grad-Zone bleiben
Fisch, Fleisch, Gemüse und
Salat länger frisch.

Frische-Kühlschrank mit
vier Klimazonen:
Für jedes Lebensmittel
die richtige Temperatur.

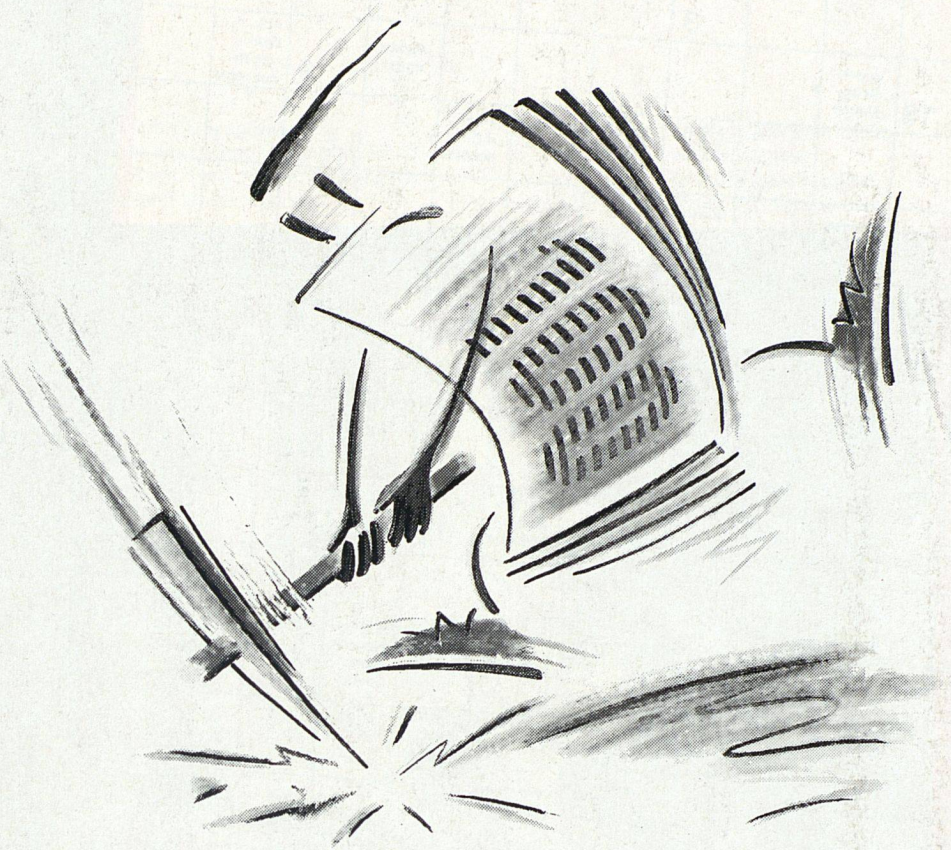
Siemens. Wir gehören zur Familie.

Erspart der Umwelt einiges:
Jedes Siemens-Kältegerät ist
100% FCKW- und FKW-frei.

Für mehr Informationen:
Siemens Schweiz AG
Abt. Haushaltgeräte
Querstrasse 17/Fahrweid
8953 Dietikon
Tel. 01-749 11 11
Fax 01-749 12 61

Tun Sie was für Ihre Haushaltskasse.

Hier muss Ihr Geld arbeiten.



Zürcher Kantonalbank

gdz für Ihre Drucksachen

Der richtige Preis in Sachen Drucksachen...

Nichts ist so relativ wie der Preis. Ganz speziell auch bei Drucksachen. Denn: erstens einmal geht es darum, realistische und transparente Preisberechnungen anzustellen, und zwar mit allen Dingen, die es für die Drucksachenerstellung letztlich auch zu berechnen gilt. Und zweitens muss der Preis für beide – nämlich für Sie und für uns – gleichermassen vernünftig sein. Deshalb sorgen wir von der gdz dafür, dass Sie Ihre Drucksachen exakt zu dem Preis erhalten, der auch Ihrem Drucksachenbudget Rechnung trägt.

gdz

gdz Zürich, Spindelstrasse 2, Postfach, 8021 Zürich

Telefon 01-488 81 11/ Fax 01-488 83 00

richtigdz

Mündige Miet

Die Basler Genossenschaft Wohnstadt überlässt ihre Sied Häuser den Bewohner/innen zur Selbstverwaltung. In Eig bestimmen sie über Nachtruhe und Nachmieter, über R Renovation. Ein interaktives Lernprogramm für alle Bete Auseinandersetzung im Lernraum Wohnen.

Ein Bericht von Mike Weibel (Text) und Roni Ulmann (Bilder).

Erfolgsfaktoren

- INTERDISZIPLINÄRE ZUSAMMENARBEIT IN DER PLANUNG
- KOMMUNIKATIVE VERWALTUNGSKULTUR
- ÜBERSCHAUBARE GRÖSSE DES PROJEKTS
- PROFESSIONELLE SOZIALBEGLEITUNG ÜBER DEN START HINAUS
- AUSGEHANDELTER SELBSTVERWALTUNGSMODUS
- HOMOGENITÄT IM STATUS (MIETE/EIGENTUM)

erschaft

ungen und

nregie

rganisation und

igten startet:

Kompetenz in Person

Die Basler Sozialarbeiterin Anne Burri begleitet Mieter/innen auf dem Weg zu gemeinschaftlicher Selbstverantwortung und setzt dabei auf die Lernfähigkeit der/s einzelnen.

Ruhezeiten?

Am Gartenschlauch hängt ein Rattenschwanz von Grundsatzfragen. «Wir sollten das Problem nicht technisch lösen und uns vor der Auseinandersetzung drücken», sagt eine Frau in einer Diskussion, die zwanzig Minuten der Generalversammlung des Siedlungsvereins einnimmt. Zwei Dutzend Mieter/innen haben sich im Gemeinschaftsraum der Siedlung im Niederholzboden versammelt, um die Handhabe des Gartenschlauches, die Sorgfaltspflicht im allgemeinen und die Ruhezeiten am Wochenende zu bereden.

In einer Verwaltungsvereinbarung hat die Eigentümerin der Liegenschaft, die Basler Genossenschaft Wohnstadt, dem Siedlungsverein vier Rechte übertragen und drei Pflichten auferlegt; darunter «die Pflege und Verwaltung des gesamten gemeinsam genutzten Wohnumfeldes der Siedlung». Ein anderes Dokument des Siedlungsvereins liefert die Erklärung dazu: «Solidarität und Gemeinschaft sind für Wohnstadt keine inhaltslosen Begriffe. Wohnstadt fördert und unterstützt Eigeninitiativen von Mieterinnen und Mietern und verhilft durch die Realisierung von Selbstverwaltungs- und Genossenschaftsmodellen zu Sicherheit und mehr Lebensqualität beim Wohnen.»

«Mir gefällt es, dass hier nicht einfach entschieden wird, ich weiss als Mieterin immer Bescheid. Diese Sicherheit vermittelt einem ein ganz anderes Wohngefühl», sagt Margit Looser, «und dass ich im Vorstand mitmache, hat sich einfach so ergeben.» Die Hausgemeinschaften im Niederholzboden, bestehend aus vier Wohnungen, delegieren jeweils ein Mitglied in den Vorstand des Siedlungsvereins.

Erfahrungen mit Mitbestimmung hat Margrit Looser vor dem Engagement in der Siedlung keine gemacht. «Natürlich gibt es auch Arbeit und Konflikte, aber die Bilanz ist für mich eindeutig positiv.» Die Familien sind ausserdem mit je zehntausend Franken an der Genossenschaft beteiligt und können damit auch auf der Vermieterseite mitreden. Dass es schwieriger wäre, wenn im Niederholzboden nicht fast durchwegs Familien mit kleinen Kindern wohnten, sind sich alle Beteiligten bewusst. «Weil die Bewohnerschaft so homogen ist, klappt es hier gut mit der Selbstverwaltung», sagt Susan Bucher, die Wohnstadt im Vorstand des Siedlungsvereins vertritt, nach der GV. Sie hat kurz im Kreuzfeuer der Kritik gestanden, weil die Nebenkostenabrechnung noch immer nicht vorliegt. Und sie hat die Mieter/innen zu etwas mehr Selbstverantwortung aufgefordert: Die Schäden an den Glasvordächern, von Kindern durch Steinwürfe verursacht, sähe sie lieber auf die private Haftpflicht überwälzt.

Was in der jungen Siedlung funktioniert, hat sich im alten Stadthaus längst bewährt. 1978 kaufte Wohnstadt in der Kleinbasler Mörsbergerstrasse drei Altbauten. Stefan Sessler, damals Student an der Kunstgewerbeschule, zog in eine der billigen Wohnungen im nicht renovierten Hinterhaus ein. «Es war eine bunt zusammengewürfelte Mieterschaft; Italiener, Spanier, Schweizer Familien mit Kindern wohnten damals in der Mörsbergerstrasse», erinnert sich Sessler, der heute mit seiner Familie in einem der Vorderhäuser wohnt. Wenig später bot die Wohnstadt den Mieter/innen an, dass diese die Liegenschaft selbst verwalten könnten. Im April 1980 schlossen die Eigentümerin (Wohnstadt) und der Mieterverein einen Vertrag betreffend Selbstverwaltung der Liegenschaft ab. Damit übernahm der Verein – also die Mieter/innen – einige klassische Eigentümerpflichten und -rechte: neben der Hauswartung insbesondere auch ein Mietervorschlagsrecht, von dem der Verein in seiner langen Geschichte oft Gebrauch gemacht hat. «Dadurch ist die Bewohnerschaft natürlich auch homogener geworden, die Nachmieter stammen immer aus dem Bekanntenkreis», sagt Mietervereinspräsident Sessler. Er ist in dieser Rolle nicht nur Ansprechpartner für Wohnstadt, sondern hat als Mietervertreter auch Einsitz im Vorstand der Genossenschaft. «Es ist interessant, ins Ganze hineinzusehen», meint der Grafiker.

Probleme mit der ungewöhnlichen Arbeitsteilung hat es in all den Jahren kaum gegeben. Träten solche auf, könnten beide Parteien vom Selbstverwaltungsvertrag zurücktreten. Neumieter/innen wissen, dass sie Mitarbeit erwartet. «Es fehlt nie an Leuten, die sich engagieren», lautet Sesslers Fazit.

Vor dem nächsten Schritt in die Selbständigkeit bekamen die Mieter/innen allerdings kalte Füsse. Eigentlich wollte Wohnstadt die Bewohner/innen zur Bildung einer eigenen Genossenschaft ermutigen und ihnen dann das Haus verkaufen. Der Kaufvertrag kam mangels Risikobereitschaft der Mieter/innen an der Mörsbergerstrasse nie zustande. Anderenorts ging die eigentümliche Ablösung der Tochtergenossenschaft problemlos über die Bühne.

Trotz solcher Verkäufe – ohne Gewinn – zählen Ende des letzten Geschäftsjahres 22 Liegenschaften zum Besitz der Genossenschaft; und neben diesen eigenen 260 Wohnungen verwaltet die Wohnstadt weitere 100 für Dritte. Anders als die in den 80er Jahren gegründeten WOGENOS war die Wohnstadt keine linke Gründung, sondern zählte einerseits sozial gesinntes Bürgertum, andererseits an Bauvolumen interessierte Gewerbekreise zu ihren Initianten. Lange Zeit fühlte sich die Basler Genossenschaft nur dem liberalen Dachverband verbunden.

Doch auch die 68er Generation schlug in der Stadt am Rheinknie einige Pflöcke ein. Mit dem Ziel, «eine wohnliche, lebenswerte Stadt in die Wirklichkeit umzusetzen», wurde 1974 in Kleinbasel die Genossenschaft COHABITAT gegründet. Die Inititanten waren Leute, «die ihre Arbeits- und Wohnwelt selbstverwalten wollten» und ihre Altersrücklagen nicht den Versicherungen überlassen, sondern selber nutzen wollten, heisst es in einer Dokumentation

Siedlung Im Ochsengarten: Turnübungen sind anstrengend, aber notwendig. Kinder und Lärm sind ein Thema, das nach Lösungen sucht.

zum gemeinschaftlichen Wohnungsbau aus den späten Siebzigern. Die COHABITAT, die heute zwölf Wohnungen verwaltet, ist klein geblieben, hat aber zu vielen ähnlichen Projekten angestiftet.

Heute vereinigt der Zielkatalog der Wohnstadt ältere Postulate wie die «aktive Förderung des Wohneigentums» mit jüngeren Anliegen wie der «Entwicklung und Einführung von Selbstverwaltungsmodellen in ihren Liegenschaften». Dazu gehört auch die «Gründung und Betreuung von Tochtergenossenschaften, die als selbständige Gemeinschaft in der Lage sind, die von Wohnstadt erstellten Siedlungen zu verwalten». Über all dem steht «die Bereitstellung von preisgünstigem und hinsichtlich Komfort und Umweltgestaltung ansprechendem Wohnraum unter Ausschluss jeder spekulativen Absicht».

Diese Prinzipien waren schon bei der Gründung 1973 massgebend. Vor dem Hintergrund eines «überschäumenden Wohnungsbaus» mit uniformen Grosssiedlungen wollte die junge Genossenschaft ein Gegengewicht setzen: «Wohnen ist mehr als nur vier Wände; Wohnen ist leben in einer Gemeinschaft, und deshalb müssen die Bewohner stärker mit einbezogen werden», formuliert Geschäftsleiter Jörg Hübschle das heute noch geltende Credo. Damit übernahm Wohnstadt eine Pionierrolle unter den wachstumsorientierten Genossenschaften.

Der Davidsboden ist ein weiterer Meilenstein in der Basler Wohngeschichte. Während bisher ausschliesslich Mittelschichtsangehörige in den Genuss von Mitgestaltung und Selbstverwaltung gekommen waren, indem sie für ihre eigenen Bedürfnisse kleinere Siedlungen bauten, unternahmen hier erstmals institutionelle Anleger den Versuch, ein partizipatives Modell für breitere Bevölkerungskreise zu öffnen. Schon für die Formulierung des Wettbewerbsprogramms laden sie den Quartierverein zum Gespräch ein. Später gewähren sie einem Teil ihrer Mieterschaft das Recht, die zukünftige Wohnung mitzugestalten, und sie lassen alle Mieter/innen ihre Häuser und die Siedlung selber verwalten. Die von der Christoph-Merian-Stiftung (CMS) und der Patria-Versicherung realisierte Wohnüberbauung umfasst 160 Wohnungen und wird seit 1991 bewohnt.

Eine erste wissenschaftliche Untersuchung des innovativen Pilotprojekts zieht eine ausgesprochen positive Bilanz: «Entgegen den Erwartungen liess sich ein breiter Kreis von Mieterinnen und Mietern für den Davidsboden gewinnen. Sie vertreten verschiedene sozioökonomische Stellungen, Altersgruppen und unterschiedliche Haushaltsformen», steht in der 1993 veröffentlichten Studie. Als besonders wichtig erachten sämtliche Beteiligten, dass sich die Mieter/innen schon lange vor dem Einzug zu Hausgruppen formierten und dass eine Mieterkontaktstelle diesen Prozess begleitete.

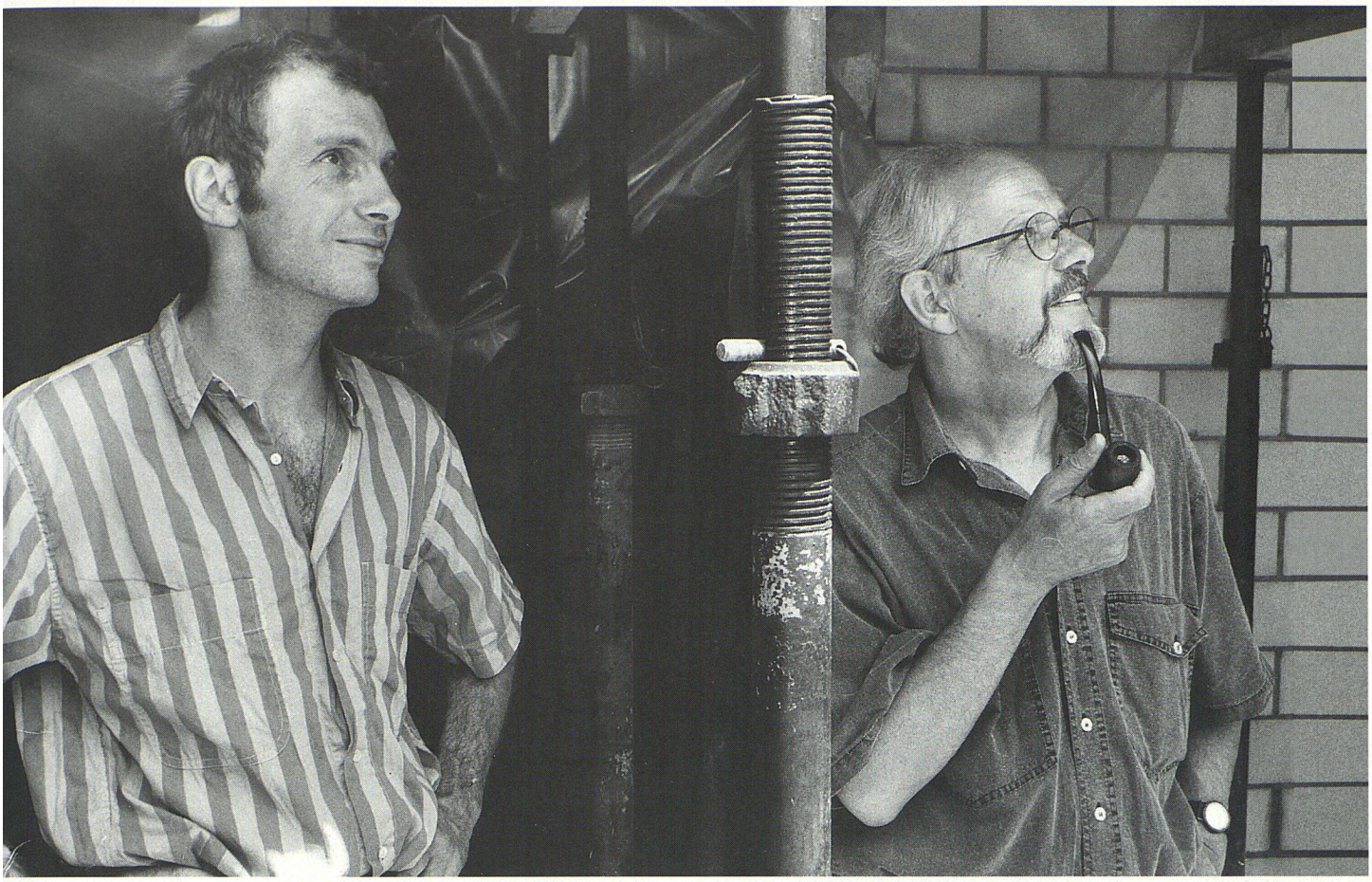
Heute, weitere drei Jahre später, sieht die Bilanz anders aus. Ernüchterung ist eingetreten, das Pilotprojekt hat die Flugbahn verlassen und ist ins Trudeln geraten. «An der Vollversammlung des Siedlungsvereins nehmen dreissig Leute teil, 8 bis 10 Prozent der Mieterschaft», sagt Willy Siegentaler, der an einer neuen Auswertung beteiligt war. «Niemand schreibt freiwillig ein Sitzungsprotokoll. Ständig lösen neue Regeln alte ab; durchgesetzt werden können sie nicht. Die Hauswartung durch die Hausvereine funktioniert mehr schlecht als recht, die Präsidentschaft wurde auch schon durch Losentscheid verliehen.» CMS-Mitarbeiter Siegentaler hält fest: «Die Mieter empfinden die Selbstverwaltung offenbar vor allem als Last, die nur geringe finanzielle Einsparungen bringt. Nur dort, wo die menschlichen Kontakte gut sind, funktioniert sie. Aber dort würde sie auch ohne institutionalisierte Selbstverwaltung funktionieren, das habe ich schon selber erlebt.»

Wie der Ausweg aus einer Selbstverwaltung aussieht, die nicht von unten gewachsen, sondern von oben – durchaus gutmeinend – verordnet wird, ist derzeit noch unklar. Laut Willy Siegentaler müsste man der Basis den Rücken stärken, indem deren Organe wieder von einer professionellen Unterstützung begleitet werden.

Damit wäre Anne Burri wieder gefordert. Die Basler Sozialarbeiterin hat den Davidsboden von Anfang an begleitet und gilt heute als die Fachfrau für Mietermitbestimmung in der Schweiz. «Der Davidsboden», sagt sie, «ist von der Grösse her an der oberen Grenze für dieses Mass an Selbstverwaltung. Dann bringt die Pluralität der Bewohnerschaft zusätzliche Schwierigkeiten; Alleinerziehende haben schlicht keine Zeit, sich über den Hausverein hinaus noch für die Belange der ganzen Siedlung zu engagieren, ausländische Familien vertritt der Mann nach aussen, obschon er gar nichts von den Problemen weiss, Alte verstehen womöglich nicht, worum's geht…» Doch Anne Burri ortet die Defizite auch bei der Verwaltung: «Gefragt wäre eine Verwaltungskultur, die das Prozesshafte derartiger Modalitäten begreift, die verhindert, dass die tragenden Leute ausbrennen, die die richtigen Nachmieter wählt.»

Gefragt wäre demnach auch Geld für derartige Leistungen. Daran aber fehlt es den Bauträgern meist nach Abschluss der Bauabrechnung. Lassen sich darin noch einzelne Ausgabenposten fürs Soziale unterbringen, fehlen anschliessend die Mittel. Ganz anders im Ausland. «In Österreich etwa, wo Mietermitbestimmung vor allem im kommunalen Wohnungsbau viel bekannter ist, wird die intermediäre Beratung unter den Sozialkosten verbucht», erklärt Anne Burri.

Weshalb engagiert sich die Sozialarbeiterin weiterhin in derartigen Projekten, obschon die Rahmenbedingungen hier alles andere als günstig sind? «Ich halte es für ein moralisches Gebot zu lernen, Dinge miteinander auszuhandeln. Wo sonst ausser im Wohnbereich gibt es noch Ansatzpunkte für soziales Lernen? Ich glaube», fährt Burri weiter, «dass alle Menschen lernfähig sind, und mich interessiert, wo ich



Blick nach vorn

Architekt Hansjörg Müller (r.) und Wohnstadt-Projektleiter Peter Würmli auf der Baustelle Bruggfeld; variable Grundrisse für die Mieterschaft

etwas tun kann, damit sie lernen, mit anderen auszukommen und etwas zu unternehmen, damit es ihnen wohl ist.» Ihr ist es wichtig, «in dieser Vereinzelung und blödsinnigen konsumistischen Individualisierung eine Gesprächskultur aufrechtzuerhalten, auch wenn es dabei häufig um Konflikte geht, wie im Davidsboden und anderswo».

Die Eigentümer der Überbauung Davidsboden haben allerdings noch ein zweites Problem. Sämtliche Wohnungen sind mit WEG (Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz des Bundes) gebaut, einem Instrument, das den anfänglichen Mietzins verbilligt, aber alle zwei Jahre einen Mietzinsanstieg vorschreibt. Heute sind die lukrativsten Verbilligungen konsumiert, die Wohnungen werden teurer, während die Reallöhne in den neunziger Jahren gesunken sind. Die Hausvereine machen immer seltener von ihrem Vorschlagsrecht für Folgemieter Gebrauch. «Ausserdem herrscht den ganzen Tag eine Schwimmbad-Kulisse», sagt Willy Siegentaler. Im Hof hallt der Lärm der Kinder wider; wer nicht daran teilhaben will, muss die Fenster auf der Hofseite schliessen. Auf der anderen Seite rollt der Verkehr ins Elsass. ▷

Gewachsene Autonomie

Der zweite am Davidsboden beteiligte Bauträger, die Patria-Versicherungen, setzt weiterhin auf Mietermitbestimmung, allerdings mehr in gestalterischen als in verwalterischen Fragen. Wer vor dem Sitzplatz eine Eiche gepflanzt hat, möchte sie wachsen sehen. So organisierte die Versicherungsgesellschaft in einer neuen Siedlung einen Pflanztag, wo die Mieter in einer gemeinschaftlichen Aktion ihre selbst ausgewählten Bäume und Sträucher setzten. Schon in der Bauphase konnten die künftigen Mieter «innerhalb eines vorgegebenen Rahmens Aspekte der Grundrissgestaltung, des Materials, der Küchengeräte und der Umgebungsgestaltung» mitbestimmen, erzählt Verwaltungsleiter Hans Ulrich Joos. Der Hintergedanke dabei: Mitwirkung schafft Identifikation und lindert voraussichtlich das Übel der Fluktuation. Und sie lässt sich als Marketinginstrument auf dem derzeit eher entspannten Markt für Neubauwohnungen einsetzen. Wer mitbestimmen lässt, hat einen Wettbewerbsvorteil.

«Kosmetik ist das», kommentiert Susan Bucher. Die Wohnstadt-Projektleiterin spinnt den Faden viel weiter: «Bauliche Mitwirkung könnte so weit gehen, dass wir den Rohbau abgeben. Dann wird es fürs Portemonnaie der Mieter wirklich interessant.» Allerdings sei die Weiterentwicklung der Mitbestimmung auch in der Wohnstadt umstritten, sagt die Architektin.

In der Siedlung Im Ochsengarten in Aesch, einer neuen Überbauung mit insgesamt 35 Wohnungen, lief die Realisierung der Selbstverwaltung nicht so reibungslos wie im Niederholzboden. «Hier haben wir wirklich das Thema Integriertes Wohnen verfolgt», sagt Jörg Hübschle. Die Fürsorgebehörde hat Belegrechte, die reformierte Kirchgemeinde redete mit; die Bewohnerschaft ist wesentlich heterogener als im Niederholzboden und hatte überdies nicht die Möglichkeit, sich aufs gemeinsame Wohnen vorzubereiten. Nichtsdestotrotz scheint sich das Wohnstadt-Modell auch hier durchzusetzen. Der Siedlungsverein ist nach einigen Anfangsschwierigkeiten gegründet und erledigt die ihm übertragenen Aufgaben. Das Mitmachen darin ist zwar freiwillig, doch wer bei Wohnstadt über die Nachbarn reklamiert, wird freundlich, aber bestimmt auf den Siedlungsverein und die Hausgemeinschaften verwiesen, die für Recht und Ordnung sorgen sollen. Diese ist, weit detaillierter als im Niederholzboden, in der Siedlungsordnung festgehalten. Dass die Verwaltung in eigener Regie auch dort Bestand hat, ist für Wohnstadt allerdings nicht selbstverständlich: Der Vorstand des Siedlungsvereins fühlt sich bereits nach einem Jahr an der Grenze seines Leistungsvermögens. Sozialarbeiterin Anne Burri ortet die Ursachen für die Schwierigkeiten anderenorts: «Die Selbstverwaltung wurde der Siedlung erst im nachhinein aufgepfropft. Die Architektur trägt eine Hierarchie in sich, und die Einfamilienhäuser im Wohneigentum stehen mitten drin. Das sind ungünstige Voraussetzungen.»

Schon gleich nach dem Einzug, als es an die Gestaltung der Aussenräume ging, nahm Wohnstadt den Siedlungsverein in die Pflicht. Allerdings zeigte sich bald, dass die Meinungen zwischen dem Architekten und den Bewohner/innen auseinandergingen. «Es waren Auffassungsunterschiede da», sagt Architekt Hansjörg Müller. Während die Eltern ihren Kindern klar zugeordnete Aussenräume zuweisen wollten – wie etwa Sandkasten, Spielplatz –, ging Müller davon aus, dass «Kinder da spielen, wo sie wohnen, und dass sie alles mit einbeziehen». Das sei, räumt Müller ein, womöglich unbequem für die Eltern.

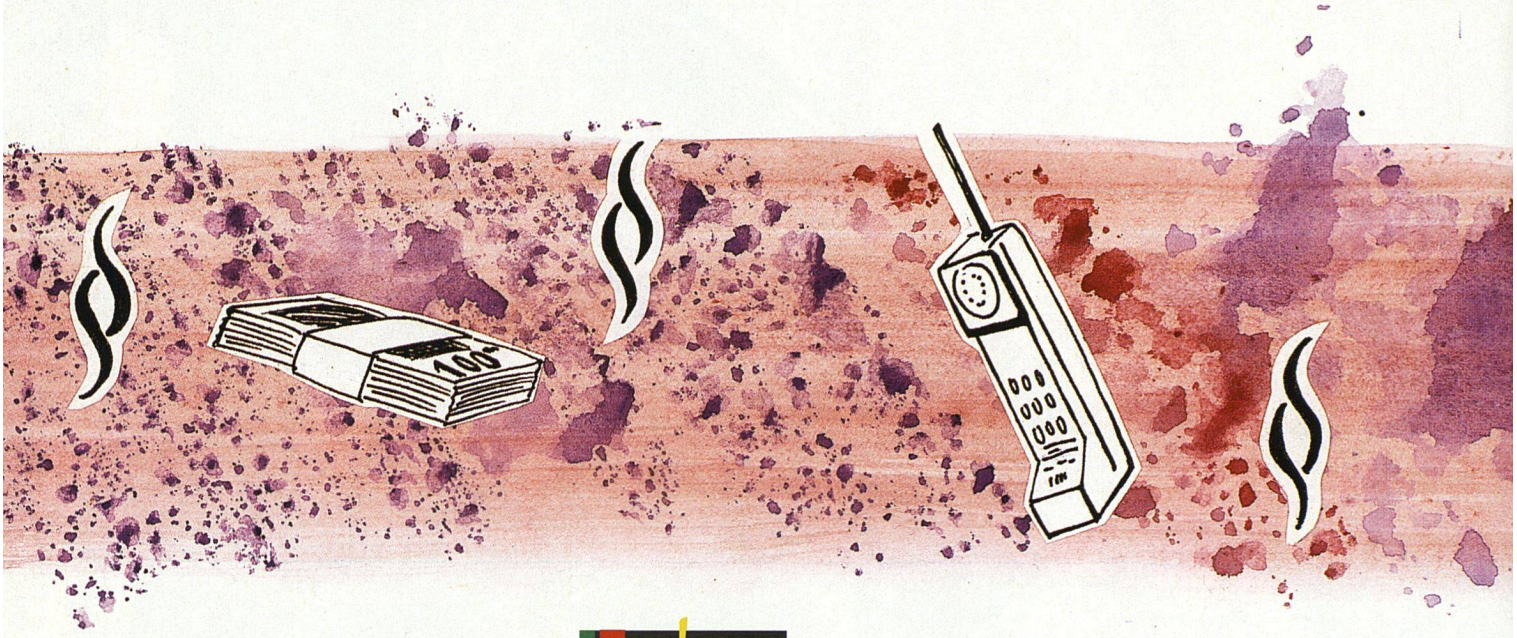
Der Architekt arbeitet heute bereits am nächsten Projekt für Wohnstadt. Im Bruggfeld in Aesch (BL) ist ein Mehrfamilienhaus mit neun Wohnungen im Bau. Hier praktiziert die Genossenschaft bereits wieder einen Schritt mehr Mitbestimmung. Die künftigen Mieter/innen können bei der Grundrissgestaltung mitreden. «Das war lustig», kommentiert Müller, und nuckelt an seiner Pfeife, «von vier Interessenten wollte wirklich jeder einen anderen Grundriss.» Trotz des offensichtlichen Mehraufwandes, den er nur zum Teil in Rechnung stellen kann, zweifelt Hansjörg Müller nicht am Mitbestimmungsmodell. «Aber wenn ich mit meinen Kollegen rede, dann sagen die, ich sei total verrückt geworden.»

«Als Geschäftsmann würde ich sagen: Hört auf mit diesem Zeug, das kostet nur Geld. Gerade wenn man das Ziel hat, wirklich günstig zu bauen, kann man nicht jeden Strich auf die Rechnung schreiben. Denn natürlich gibt es einen Mehraufwand, bis man ein vernünftiges variables System für die Grundrisse hat. Man denke etwa an die Elektroinstallationen.» Der Ertrag fällt auf einer ganz anderen Ebene an: «Mitbestimmung ist für mich etwas sehr Positives, das sind für mich Erlebnisse. Die Lebenserfahrung, die ich im Umgang mit den Leuten gewinne, macht die Sache interessant.»

Im Bruggfeld entsteht der Neubau quasi im Garten einer schon bestehenden Siedlung, die ebenso im Eigentum der Genossenschaft Wohnstadt ist. Die Bewohner/innen der Altbauten wurden schon früh ins Projekt mit einbezogen und über die Pläne der neuen Eigentümerin informiert. «Wir möchten, dass die neuen und alten Mieter/innen einen Siedlungsverein bilden und dass sie zusammen den Gemeinschaftsraum nutzen und die gemeinsamen Aufgaben angehen», sagt der Wohnstadt-Geschäftsleiter Jörg Hübschle. Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, dass sich auch hier dereinst Mieterinnen und Mieter in intensiven Diskussionen über die Handhabe des Gartenschlauches finden werden.

Efeu und Hausvereine halten die Mörsbergerhäuser zusammen. Wohnstadt-Geschäftsleiter Jörg Hübschle (l.) wird nur selten bei Hausvereinspräsident Stefan Sessler (Balkon) vorstellig.

Partnerschaftliche Grundsätze bestimmen mit dem neu



Reden miteinander

Draussen auf dem Gang stapeln sich Kisten – ein Chaos: Die Redaktion des «Beobachter» ist dabei, umzuziehen. Auch bei Sonja Hauser, 36, seit 1990 «Beobachter»-Beraterin, geht es im Arbeitsalltag oft hektisch zu und her, etwa wenn sie an der «Beobachter-Hotline» telefonisch Auskunft gibt. Oder wenn sie die rund 120 bis 200 schriftlichen Anfragen im Monat beantwortet. Rechtsanwältin Hauser, die nach ihrem Studium in einem Behindertenheim und am Gericht arbeitete, ist auf die Beratungsgebiete Ehe-, Familien-, Scheidungs- und Erbrecht, Adoption und Konkubinat spezialisiert. Auf Bereiche also, wo es, wie sie sagt, «menschelet».

«Die Arbeit beim ‹Beobachter› ist sehr vielfältig; ich bin mit den Betroffenen konfrontiert, kann konkret helfen durch rechtliche Beratung und finanzielle Unterstützung (Stiftung Weihnachtsaktion). Andererseits ist die Arbeitsbelastung gross, und die Probleme der Ratsuchenden belasten mich manchmal, verfolgen mich bis in den Feierabend. Etwa wenn es um Kindsmisshandlung, Kindsmissbrauch oder um schlimme Kampfscheidungen geht.»

wohnen: Welche Fragen werden Ihnen von intakten Familien am häufigsten gestellt? Neben Fragen zum Erbrecht geht es am häufigsten um das liebe Geld, um Budgetfragen. Ehepaare fragen etwa, wer wieviel an die gemeinsamen Lebenskosten bezahlen muss. Bei Kindern und Jugendlichen geht es um Beiträge an Kost und Logis, um die Finanzierung der Ausbildung.

wohnen: Wie regelt unser Recht die Beziehungen innerhalb der Familie? Im Gesetz ist festgehalten, welche Rechte und Pflichten in der Ehe und zwischen Eltern und Kind gelten. Das neue Eherecht, seit 1988 in Kraft, beruht – Gottseidank – auf dem Grundprinzip der Partnerschaft, der Mann ist nicht mehr das Haupt der Familie: Die Ehepartner sind gleichwertig in Rechten und Pflichten und schulden sich gegenseitig Beistand und Unterhalt. Durch das neue Eherecht sind Haushaltführung und Kinderbetreuung aufgewertet worden, die Ehepartner haben die Gestaltungsfreiheit in der Rollenteilung. Heute bestimmen zudem Ehepaare gemeinsam den ehelichen Wohnsitz; die Familienwohnung kann nicht von einem Teil des Paars allein gekündigt oder verkauft werden, es müssen beide zustimmen.

wohnen: Wie ist die rechtliche Situation zwischen Eltern und Kindern? Die Eltern müssen die Kinder angemessen betreuen und erziehen, ihnen eine angemessene schulische und berufliche Ausbildung ermöglichen. Die Kinder sind mit 16 religiös mündig, und sexuelle Beziehungen sind ab 16 Jahren nicht mehr strafbar; sie sind dann also im Sexualbereich frei zu entscheiden.

Übrigens wurde auf Beginn dieses Jahres hin das Mündigkeitsalter von 20 auf 18 Jahre herabgesetzt – und ich denke, das wird mancherorts zu Konflikten führen. Denn die 18jährigen sind häufig noch in Ausbildung, können sich selber nicht erhalten, und die Eltern sind ja auch verpflichtet, ihnen eine angemessene Ausbildung zu finanzieren. Gleichzeitig sind die Jugendlichen dann mündig – die Eltern können ihnen nichts mehr vorschreiben, können nur noch gemeinsam mit ihnen Spielregeln für das Zusammenleben aufstellen.

wohnen: Unser Thema hier ist ja Mitbestimmung – was sagt das Gesetz dazu? Es regelt den Konfliktfall, also wenn die Familie nicht mehr in der Lage ist, Probleme selber zu lösen. Bei Konflikten unter Ehepaaren gibt es die Möglichkeit von Eheschutzmassnahmen; sie können sich, auch wenn sie weder

en Eherecht das Familienleben – oft nur auf dem Papier

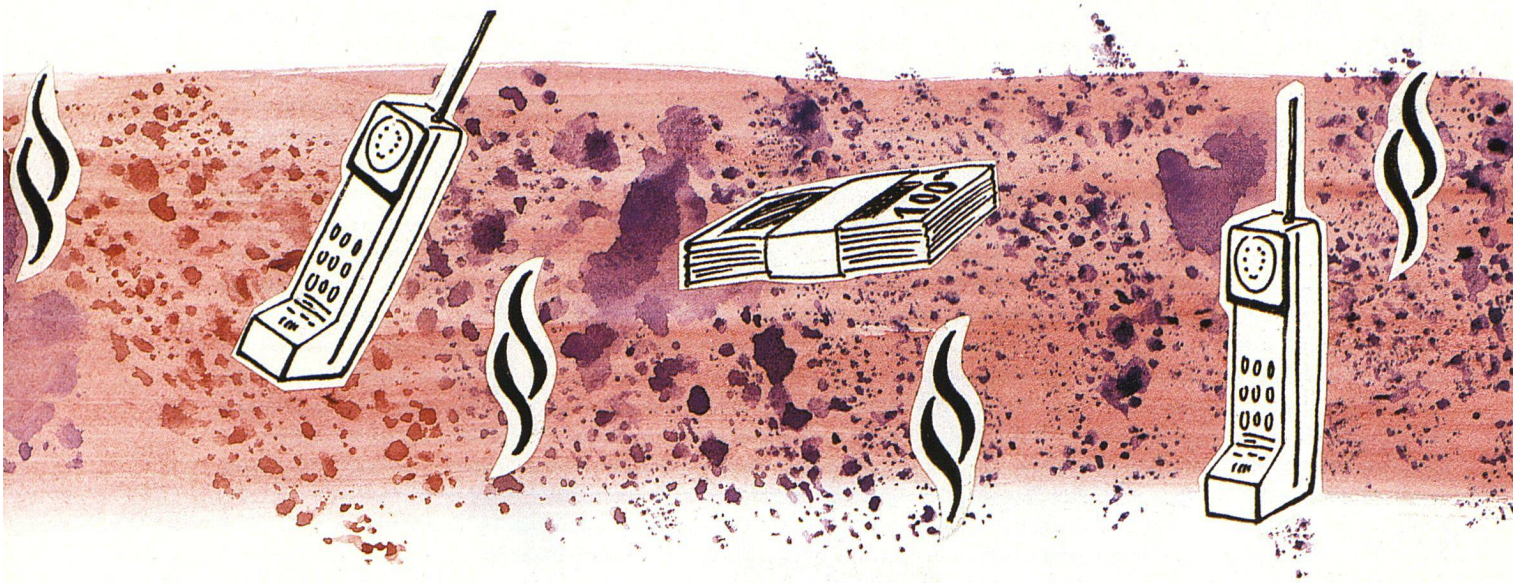


Illustration Joëlle Lanoë

eine Scheidung noch eine Trennung wollen, an den Eheschutzrichter wenden. Dasselbe gilt für die Kinder: Die Behörden können sich mit Kinderschutzmassnahmen einschalten, wenn Kinder gefährdet sind, wenn sie verwahrlosen, wenn die Erziehung fehlt oder nicht angemessen ist, bei Misshandlungen und Missbrauch.
Doch wenn die Probleme nicht so schlimm sind, wird die Beratung heikel. Die Eltern sitzen am längeren Hebel. Sie können sagen: Heute wird nicht TV geschaut, heute bekommst du kein Sackgeld – wie will sich ein Kind dagegen durchsetzen? Dann sind vielleicht Gotte und Götti, andere Verwandte oder Lehrerinnen und Lehrer gefragt.

wohnen: Gibt es aus Ihrer persönlichen Sicht noch weitere Tips für einen fairen, demokratischen Umgang in der Familie? Der banalste Tip ist: Reden miteinander und vor allem einander auch zuhören, spüren und wahrnehmen, wo die jeweiligen Bedürfnisse liegen. Mit Paragraphen kann man nichts lösen, man muss sich miteinander auseinandersetzen – und zwar Auseinandersetzung nicht als Streit, sondern indem man sich zusammensetzt und eine Auslegeordnung macht. Häufig ist es ja in Beziehungen so, dass man Dinge miteinander verknüpft, die auf verschiedene Ebenen gehören. Dass etwa bei Geldstreitigkeiten auch noch eine emotionale Verletzung mitspielt oder bei einem Streit um Taschengeld die Probleme der Eltern, wenn sich das Kind von ihnen löst, eine Rolle spielen. Grundsätzlich scheint es mir einfach wichtig, dass jeder das Gefühl hat, er sei ein anerkanntes, gleichwertiges Mitglied der Familie, das auch ernstgenommen wird.

wohnen: Können Sie durch Ihre Beratung dazu beitragen, dass Konflikte demokratischer gelöst werden? Ich kann den Ratsuchenden bloss aufzeigen, wie die gesetzliche Grundlage aussieht – sich damit auseinandersetzen und eine eigene Lösung finden können nur sie selbst. Wenn aber die Konflikte und die Kommunikationsprobleme so gross sind, dass das nicht mehr möglich ist, weise ich sie an eine geeignete Beratungsstelle weiter.

Manchmal stärkt es das Selbstvertrauen, wenn ich zuhöre und die Probleme ernst nehme. Wenn sich etwa eine Frau bei mir beklagt, dass ihr Mann ihr nicht genügend Haushaltungsgeld gibt, dass sie um jedes Paar Schuhe betteln muss. Dann hilft es ihr nicht viel, wenn sie erfährt, dass laut Gesetz ein Ehepaar seine Finanzen partnerschaftlich regeln und einander über Einkommen, Vermögen und Schulden informieren muss. Es hilft ihr aber, wenn ich ihr Mut mache, ihre Rechte im Gespräch mit ihrem Mann einzubringen.
Solche Anfragen habe ich übrigens häufig: Viele Frauen erhalten ein knappes Haushaltungsgeld zugeteilt – und manchmal sind die Ehemänner nicht diskussionsbereit. Rein juristisch betrachtet kann die Frau dann den Eheschutzrichter anrufen – aber das wird sie nur tun, wenn die Beziehung sowieso zerrüttet ist. Im Bereich Budget, Haushaltungsgeld, Taschengeld klaffen Recht und Realität weit auseinander.

wohnen: Gibt es weitere solche Bereiche? Ich habe viele Anfragen zum Thema Konkubinat – und hier ist die Kluft zwischen Realität und Recht riesig: Mit dem Konkubinat existiert heute eine weitverbreitete Form des Zusammen- und Familienlebens, die im Gesetz einfach nicht vorgesehen ist.

wohnen: Kommen Ratsuchende auch mit Alltagsfragen zu Ihnen wie etwa: Wer bestimmt, wohin wir in die Ferien fahren? Die meisten Familien versuchen, solche Dinge intern zu regeln. Es wäre auch schwierig, sie da zu beraten: Mitbestimmung ist individuell. Und meistens suchen die Leute erst dann Hilfe und Beratung, wenn sie nicht mehr weiter wissen. Manchmal allerdings kommen Ratsuchende schon, bevor grosse Konflikte ausgebrochen sind. Das sind für mich jeweils positive Situationen: Wenn ich die rechtlichen Grundlagen und gleichzeitig Lösungsansätze für einen möglichen späteren Konflikt aufzeigen, ihn so vielleicht sogar verhindern kann, dann bin ich sehr froh.

Das Interview mit Sonja Hauser führte Bettina Büsser.
Sie lebt in Zürich und wirkt im Presseladen mit.

Versöhnung erfolgt durch Zwist, Zerstückelung, Bruch und Befreiung. Sie schreitet voran und geht wieder zurück. Sie ist die ursprüngliche Form der Revolution, die Form, in der die Gesellschaft sich verewigt und wieder erzeugt: Erneuerung des Gesellschaftspaktes, Rückkehr zur ursprünglichen Vielfalt.*

Grosse Städte sind Konfliktherde erster Güte. Stadtentwicklung und Stadtplanung gestalten sich schwierig, wenn handfeste Interessen gegensätzlicher Gruppen aufeinanderprallen: harte Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert. Dies ist in Zürich nicht anders. Die Auseinandersetzungen sind in den letzten Jahren jedoch eskaliert. Die Planung der Stadt Zürich ist derart in juristische Verfahrensfragen verstrickt, dass die eigentlichen, materiellen Planungsprobleme völlig in den Hintergrund getreten sind. Die Zukunftsplanung der Stadt droht gänzlich blockiert zu werden.

Deshalb hat der Stadtpräsident von Zürich, Josef Estermann, nach einem Weg gesucht, die wichtigen Entwicklungs-, Planungs- und Baufragen der Stadt in einer Weise anzugehen, die der praktischen Vernunft wieder eine Chance zur Entfaltung gibt. Dazu bedarf es einer ausgeprägten Gesprächskultur. Sie kann über offene und öffentliche Gespräche zwischen Beteiligten und Betroffenen entstehen. Als Ort für solche Gespräche wurde das «Stadtforum Zürich» geschaffen.

Die vom Stadtpräsidenten eingeladenen Teilnehmer erhalten im «Stadtforum Zürich» die Gelegenheit, ihre Interessen und unterschiedlichen Positionen einzubringen. Auf der Bank der Grundeigentümer sitzt im August auch Peter Schmid, Präsident der ABZ, der grössten Zürcher Baugenossenschaft. Welche Erwartungen begleiten ihn in den Konferenzraum des Technoparks, mitten ins Untersuchungsgebiet? «Ich will offen hingehen und keine Erwartungen haben, ausser dass dort miteinander geredet wird», sagt der ABZ-Vorsitzende. «Für mich ist es eine enorm gute Gelegenheit, andere Meinungen und Zusammenhänge kennenzulernen. Und man muss auch bereit sein, eigene Positionen zu überprüfen.» Mehr Transparenz und besser verstandene Konflikte werden, so die Hoffnung der Initianten, zu mehr Konsens führen. Die Gespräche sollen einen Prozess in Gang bringen, der zu gemeinsam getragenen Lösungsvorschlägen führt.

Das Forum soll also eine Plattform bieten, wo sich Betroffene mit den zentralen, kontroversen Aspekten der Stadtentwicklung gemeinsam auseinandersetzen und gemeinsam Perspektiven entwickeln können: Die Stadt gehört allen.

Das Forum dient dazu, günstigere Ausgangsbedingungen für eine konstruktive Stadtentwicklung zu erreichen, hat indes keine Entscheidungskompetenzen. Die Debatten sind allerdings durchaus verbindlich: Es ist vorgesehen, sie in zusammengefasster Form dem Stadtrat als Empfehlungen zu unterbreiten. Dass den Forumsdebatten auch von seiten der Behörden grosses Gewicht beigemessen wird, zeigt sich dadurch, dass der Stadtpräsident an sämtlichen Sitzungen als sogenannter «erster Zuhörer» teilnimmt.

Forumsteilnehmer sind rund vierzig Personen. Auf der Bank «Bewohnerinnen und Bewohner» sitzen Vertreter von Quartiervereinen, Interessengemeinschaften, Siedlungen und Anwohnergruppen. Auf der Bank «gesellschaftliche Gruppierungen» sind Schulkinder, Jugendliche, Familien, ältere Menschen und Ausländerinnen und Ausländer vertreten. Wirtschaft, Handel und Industrie, Gewerbe sowie Gewerkschaften

*Octavia Paz: Der sprachgelehrte Affe

Extra 2

Die Stadt gehört allen

Mit dem Stadtforum Zürich entsteht eine neue Chance

haben eine eigene Bank. Auch die grossen und kleinen Grundeigentümer sind mit einer eigenen Bank vertreten, ebenso die städtische Verwaltung. Eine Bank ist für die politisch gewählte offizielle Stadtentwicklungskommission reserviert, eine weitere für Expertinnen und Experten der Fachbereiche Soziologie, Ökologie, Ökonomie, Städtebau und Raumplanung sowie Verkehr. Auch Regionalvertreter aus der Umgebung der Stadt Zürich nehmen teil.

Im Hintergrund des Projekts wirkt eine hochkarätige Lenkungsgruppe. Der eine Leiter, Hartmut Arras, war bereits am Stadtforum Berlin beteiligt. Dort ergaben sich nach dem Fall der Mauer Stadtplanungsfragen gigantischen Ausmasses. Der zuständige Minister beschloss deshalb, Fachleute und Vertreter verschiedener Interessengruppen an einem Tisch zu versammeln, um die anstehenden planerischen und politischen Fragen zu diskutieren und die Entscheidungsträger zu beraten. Die Idee war inspiriert von den Gesprächen am runden Tisch, die in den ehemaligen Ostblockstaaten grossen Anklang fanden. Das Berliner Stadtforum tagt seit fünf Jahren, mit unterschiedlichem Erfolg.

Auch der zweite Forumsleiter, Donald Keller, ist ein erklärter Verfechter partizipativer Planung. Ferner gehören Heidi Schelbert-Syfrig, Professorin für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich, Brigit Wehrli-Schindler, Soziologin, der Planer Peter Güller, Richard Heim, Raumplaner im Hochbauamt der Stadt Zürich, und der emeritierte ETH-Professor für Architektur und Städtebau, Benedikt Huber, zum Team. Das Stadtforum findet unter der Ägide des Stadtpräsidenten von Zürich statt und wird von der Stadt finanziert, arbeitet aber unabhängig von Behörden und Verwaltung.

Aus zeitlichen Gründen befasst sich das Stadtforum mit einem Teilgebiet der Stadt Zürich, welches von seiner Entwicklung her als besonders problembeladen und umstritten gilt und die ganze Vielfalt der urbanen Konflikte Zürichs widerspiegelt. Es erstreckt sich über die Quartiere Gewerbeschule, Escher Wyss (Industriegebiet), Grünau, Altstetten, Hard und Langstrasse (Kreise 4, 5 und 9).

Die Teilnehmer des Forums bestimmen die zu diskutierenden Themen letztlich selbst. Als ein Themenschwerpunkt bietet sich die Frage der Verbesserung der Wohnlichkeit in den Wohngebieten an. Stichworte sind: multikulturelles Zusammenleben (hoher Ausländeranteil), Sicherheit, Lärm, Aufwertung der Quartiere, Verkehrsfragen. Ein zweiter Themenbereich betrifft das Entwicklungspotential für das lokale Gewerbe und Förderungsmassnahmen. Ein dritter Themenbereich kreist um zukunftsweisende Nutzungen für die Industrieareale: Wo sind Mischnutzungen möglich, wo reine Industriezonen, welche Probleme stellen sich aus der Sicht der Grundeigentümer, der Bewohner und der Stadt? In einem weiteren Themenpaket könnten städtebauliche Lösungen für Teilgebiete wie z. B. Escher Wyss-Platz, S-Bahn-Station Hardbrücke, Grünau-Quartier erörtert werden.

Das Forum ist für ein Jahr projektiert. In dieser Zeit sind rund zehn Sitzungen in der Länge eines halben Tages geplant. «Ich bin der Überzeugung, dass man ein solches Forum kurz und intensiv machen muss», sagt Donald Keller, «wir wollen den Beteiligten einen klaren Zeithorizont für ihr grosses Engagement nennen können.» Den Auftakt bilden der 30./31. August. Weitere Foren finden am 20.9., 25.10. und am 15.11. statt, immer freitags 14–21 Uhr und samstags 9–13 Uhr im Technopark in Zürich. Das Forum ist öffentlich, Interessierte sind herzlich eingeladen, die Debatten an Ort mitzuverfolgen. Nähere Informationen erteilt die RZU, Tel. 01/381 36 36.

Regula Schwarzenbach ist Medienbeauftragte des Zürcher Stadtforums und lebt in Alterswil.

Illustration Joëlle Lanoë

ür eine demokratische Stadtentwicklung im Gespräch

Mitbestimmung im Betrieb ist weniger eine Forderung

Mitwirkung kaum gefragt

Was bei Wohnbaugenossenschaften üblich ist, gilt in der Wirtschaft als exotisch: Die Verschränkung zweier Rollen in einer Person. Während hier Mieter und Genossenschaft zwangsheiraten, denkt dort kaum jemand daran, die Arbeitnehmerin bei Stellenantritt mit einem Aktienpaket zur Unternehmerin zu machen. Nebst zahlreichen Kleinstbetrieben existieren in der Schweiz nur wenige mittlere Unternehmen, in denen das Personal effektiv das Sagen hat – darunter aber immerhin einige traditions- und erfolgreiche Betriebe wie die Metron AG, an der die MitarbeiterInnen über eine Unternehmensstiftung die Aktienmehrheit halten, oder die Bürstenherstellerin Trisa im luzernischen Triengen.

Im übrigen nimmt sich die real existierende Mitbestimmung im Schweizerland bescheiden aus. Erst 1994 ist – gegen den Willen des Arbeitgeberverbandes – das schweizerische Mitwirkungsgesetz in Kraft getreten. Das Gesetz – eine Anpassung an EU-Minimalstandards – garantiert allen Beschäftigten in privaten Betrieben einen Anspruch auf Information, Mitwirkungsrechte bei Betriebsverkäufen und Kollektiventlassungen aus wirtschaftlichen Gründen sowie Mitwirkung in Fragen des Gesundheitsschutzes und der Arbeitssicherheit.

Laut Mitwirkungsgesetz haben Arbeitnehmer/innen in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten Anrecht auf eine gewählte Personalvertretung. Je nach Betrieb haben die Arbeitnehmer/innen zudem Anrecht auf Einsitz in verschiedenen Kommissionen (zum Beispiel Arbeitssicherheit, Gleichstellung, Bildung usw.) Teilweise können die Angestellten bezüglich Lohnsysteme und Arbeitszeitmodelle mitwirken.

Sind die Gewerkschaften mit der Umsetzung der Mitwirkung bis heute zufrieden? «Das Mitbestimmungsgesetz ist nicht sehr weitgehend, aber es hat in vielen Firmen einen Handlungsbedarf ausgelöst», sagt Barbara Ringeisen Arnold, Zentralsekretärin Berufspolitik des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes SKV. Vasco Pedrina, Kopräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB, weist darauf hin, dass in vielen entscheidenden Fragen nach wie vor die Arbeitgeber allein das Sagen haben: «Bei technischen oder organisatorischen Neuerungen ist das Urteil selbst der langjährigen Mitarbeitenden nach wie vor selten gefragt.» Eine Mitwirkung in der Unternehmenspolitik, bei der Reorganisation von Betrieben, in der Wahl von Standorten oder Zulieferbetrieben gebe es in der Schweiz nicht. «Die Unternehmensleitungen wollen in ihren Strategien der Rationalisierung frei verfügen können», moniert der Gewerkschaftsvertreter.

Während in den 70er und 80er Jahren Mitbestimmung und die Humanisierung der Arbeitswelt vieldiskutierte Themen waren, stehen heute Arbeitslosigkeit und Deregulierung im Vordergrund. «In vielen Unternehmen gibt es immer noch keine Arbeitnehmervertretung, obwohl die Angestellten ein Recht darauf haben. Die Leute sind zuwenig informiert», stellt Barbara Ringeisen Arnold fest. Nach Ansicht von Vasco Pedrina wäre eine Mitverantwortung der Arbeitnehmer/innen aber gerade heute von grosser Bedeutung: «In einem komplexen und sich rasch wandelnden wirtschaftlichen Umfeld lassen sich moderne Unternehmen nicht mehr autokratisch führen. Gefordert ist ein breitverankertes Verantwortungs- und Qualitätsbewusstsein.» Die Bereitschaft zur Verantwortung und zu Qualität lasse sich freilich nicht von oben verordnen, dazu brauche es die entsprechenden Voraussetzungen: «Mitarbeiter/innen sollten Entscheidungsspielraum erhalten und an der Führungsverantwortung teilhaben können», meint der Kopräsident des SGB. Pedrina reiht sich damit neben die Verkünder moderner

der Mitarbeiter/innen als ein Geschenk des Patrons

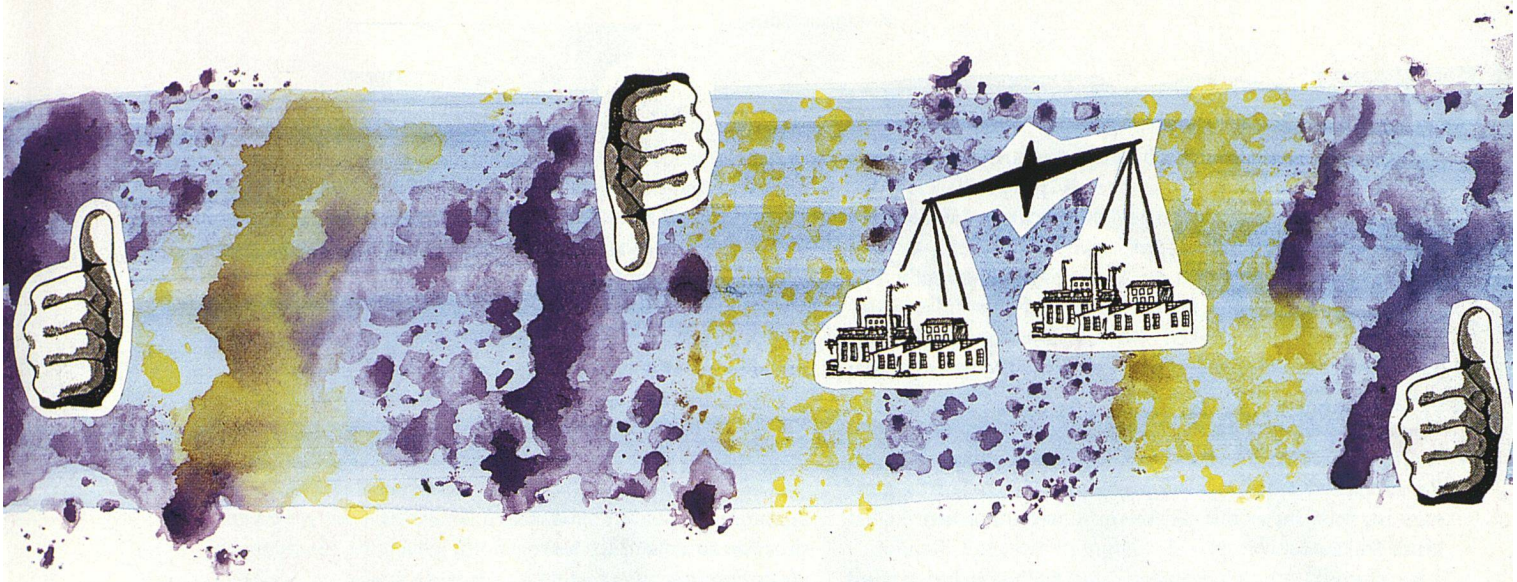


Illustration Joëlle Lanoë

Managementmodelle, welche die Verantwortlichkeiten und Entscheidungen möglichst weit unten ansiedeln wollen und die Verflachung von Hierarchien predigen – im Dienste der Produktivitätssteigerung natürlich.

Im öffentlichen Dienst sind gewisse Möglichkeiten der Anhörung, Verhandlungen und teilweise Mitbestimmung in den jeweiligen Personalgesetzen der Gemeinde, des Kantons oder des Bundes vorgegeben. So sind beispielsweise die öffentlichen Verkehrsbetriebe verpflichtet, die Arbeitszeitregelungen und Dienstpläne dem Personal zu unterbreiten, bevor sie in Kraft gesetzt werden.

In der Privatwirtschaft sind neben dem Mitwirkungsgesetz die Gesamtarbeitsverträge (GAV) von Bedeutung. In vielen solchen Verträgen gab es schon vor dem Mitwirkungsgesetz weitgehende Bestimmungen. Damit es in der Frage der Mitbestimmung nicht zu einem Stillstand kommt, legen die Gewerkschaften besondern Wert darauf, gewisse Mitspracherechte im GAV festzulegen. «Die Mitwirkungsrechte der Personalkommissionen sind dort am grössten, wo es einen Gesamtarbeitsvertrag gibt», weiss Barbara Ringeisen Arnold vom SKV.

Es liegt im Ermessen eines jeden Unternehmens, Regelungen einzuführen, die über das Mitwirkungsgesetz oder den jeweiligen GAV hinausgehen. So hat beispielsweise die Migros die Mitbestimmung in ihrem Leitbild verankert. Bei Coop Schweiz haben die Mitarbeiter/innen Anrecht auf zwei Sitze im Verwaltungsrat.

Ein interessantes Beispiel für die Mitbestimmung im Betrieb ist die Baer AG in Küssnacht am Rigi, die grösste Herstellerin von Weichkäse in der Schweiz. Die Firma hat bereits 1953 eine Betriebskommission gegründet. Heute hat die Arbeitnehmervertretung ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht in Fragen des Lohn- und Qualifikationssystems oder der Sicherheit am Arbeitsplatz. Ein Antrags- und Mitspracherecht hat sie auch in grundsätzlichen Fragen (Unternehmensleitbild, strategische Personal- und Organisationsziele). Wenn die Einführung neuer Produkte oder ein neues Firmenlogo bzw. «Corporate Design» anstehen, pflegt die Baer AG eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Diese Haltung kommt auch darin zum Ausdruck, dass in diesem Betrieb jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin für den eigenen Arbeitsbereich voll unterschriftsberechtigt ist.

Ein weiteres Beispiel ist die um die Jahrhundertwende gegründete Genossenschaftsdruckerei Zürich gdz, die jüngst in eine AG umgewandelt worden ist. Die lange Tradition der Mitbestimmung in diesem Betrieb wird insofern fortgesetzt, als das Personal zwei Mitglieder des siebenköpfigen Verwaltungsrates stellt. Weiter ist die Personalkommission als wichtiges Gremium zu nennen, in dem die Arbeitnehmer/innen ihre Mitspracherechte wahrnehmen können. Die Kommission setzt sich aus Vertreter/innen aller Abteilungen zusammen und wirkt bei anstehenden Problemen als Verbindung zwischen Geschäftsleitung und Betrieb. Neben historischen Gründen spielen laut Werner Stroppel, Direktor der gdz, auch grundsätzliche Überlegungen eine Rolle: «Das Personal sollte man je länger desto mehr einbeziehen. Wir legen auch besondern Wert auf eine gute Information. Denn nur ein informierter Mitarbeiter ist motiviert.» Als beschlossen wurde, die gdz in eine AG umzuwandeln, sei es deshalb ein wichtiger Gedanke gewesen, einen Teil der Aktien für das Personal zu reservieren: 200 Stück (von gesamthaft 3200). Drei Viertel davon wurden gezeichnet.

Jürg Zulliger lebt in Zürich und arbeitet als freier Journalist.

Die Entscheidung

«Okay», Boss legt seine durchsichtige Armbanduhr flach vor sich auf den Tisch, «es ist fünf nach neun, ich möchte den Zeitplan nach Möglichkeit einhalten. Ihr wisst, worum es geht.»

Lang greift unverzüglich zu seinem Füller, schraubt den Deckel ab, macht eine Schreibprobe auf der Traktandenliste und beginnt, den linken oberen Rand seines Notizblocks zu beschriften. Dabei wird seine Zungenspitze zwischen den zusammengepressten Lippen sichtbar.

Knapp hustet sich bleich die vergangene Nacht von den Bronchien, schneuzt sich in der Ecke eines bereits zerknüllten Papiertaschentuches. Die vier Minuten, die er zu spät gekommen ist, versucht er mit viel Interesse wettzumachen. Er hat keine Traktandenliste.

«Aufgrund der Expertenberichte, Stellungnahmen und Analysen werden wir heute zu einem definitiven Entscheid kommen. Es gibt keinen Grund, die Sache noch länger hinauszuzögern. Um elf geben wir bekannt, ob Variante A oder B durchgeführt wird. Also los, Jungs.» Er wirft ein Bündel Papiere in die Mitte des Tisches; raschelnd bedient man sich.

Braun wirft sich in die Lehne seines Stuhles zurück, legt den rechten Mokassinfuss auf das linke Jeansknie, büschelt seine Unterlagen auf dem erhöhten Oberschenkel, lässt ungeduldig die Mine des Kugelschreibers, den er, blind seiner Brusttasche vertrauend, mit schnellem Griff gezückt hat, vor- und zurückschnappen.

Lang kaut an seinem Füller.

Boss erzählt, was in den Papieren steht, warum so und warum nicht anders, in weitem Bogen kreist er das Problem ein, spricht mal schneller, mal langsamer, aber immer gleichtönend. Dann ist er fertig, und er blickt zu Braun, der aufsteht und an die weisse Tafel geht; dort sucht er zwei Stifte aus und beginnt zu erläutern.

Lang hat den Füller aus dem Mund genommen und dabei einen Speichelfaden gezogen, den er nicht bemerkt oder ignoriert. Behutsam, um nicht zu stören, kramt er in seiner Ledermappe und befördert einen roten und einen schwarzen Filzstift zutage. Den schwarzen schiebt er zu Knapp, der nämlich nichts zu schreiben hat, mit dem roten kopiert er sorgfältig Brauns Linien und Zeichen auf seinen Block.

Knapp hebt sich mit einer Gesässbacke vom Stuhl, fischt seine Agenda aus der hinteren Hosentasche, klappt sie irgendwo auf und beginnt ebenfalls zu zeichnen. Braun füllt grosszügig die Tafel. Dann macht er ein paar Schritte zurück, begutachtet, dreht sich um, erklärt, geht hin und her.

Alle hören zu.

Boss' Knie hüpft, wie meistens.

Der Boden vibriert.

«Bitte kurzfassen!» sagt Boss.

Braun kürzt ab, fasst zusammen und schliesst. Geschmeidig geht er zurück zu seinem Stuhl. Seine Schritte machen überhaupt kein Geräusch.

«Okay», sagt Boss, «gibt es noch Fragen?»

Alle sind irgendwie beschäftigt.

«Gut. Wie ihr wisst, bevorzuge ich Variante A. Es wäre schön, wenn wir einen Konsens finden und uns geschlossen hinter A stellen könnten. Ist jemand grundsätzlich gegen A?»

Zwei Finger heben sich träge vom Tisch.

«Kommt, kommt, machen wir es nicht noch komplizierter, als es schon ist. Die Zeit für grosse Diskussionen ist vorbei, heute wird nur noch beschlossen. Ihr wisst, dass ich nicht einfach über eure Köpfe hinweg entscheide; das gibt böses Blut, man kennt das. Ich will, dass hier demokratisch entschieden wird, darum stimmen wir jetzt ab, und zwar ohne Enthaltung.»

Niemand reagiert.

«Also: Wer ist für Vorschlag A?»

Eine Hand.

«Das darf doch nicht wahr sein! Ich frage mich, wozu wir monatelange Abklärungen treffen. Um wieder vor einer Pattsituation zu stehen? Ich hatte gehofft, jemand würde aufgrund neuer Erkenntnisse seine Meinung revidieren, dem Gruppenkonsens zuliebe.»

Sein Knie hüpft schneller, das Gesicht hat sich gerötet. Der Boden vibriert.

Ansonsten wirkt man leicht betreten.

Boss schaut auf den Tisch, wo seine Uhr liegt.

«Bis elf Uhr müssen wir entschieden haben. Es bleibt nicht viel Zeit. Also seien wir vernünftig, es ist nicht der Moment, Konflikte auszutragen. Wer hat einen konstruktiven Vorschlag für das weitere Vorgehen?»

Stille. Er wartet.

Knapp kontrolliert seine Fingernägel.

Boss schnaubt ungeduldig.

Illustration Joëlle Lanoë

«Es ist unmöglich, noch einmal über die Bücher zu gehen, rein zeitmässig unmöglich! Ausserdem würde es auch gar nichts bringen, es wäre nur ein weiterer Aufschub. Wir werden doch wohl fähig sein, uns verantwortungsbewusst und in gegenseitigem Vertrauen zu einem Kollektiventscheid durchzuringen!»

Braun, Knapp und Lang vermeiden jeglichen Blickkontakt.

Boss schaut von einem zum andern. Es ist sehr still.

«Soll das eine Provokation sein?»

Keine Antwort.

«Das sieht ja schon fast nach einer Verschwörung aus.» Er hat es nicht vorwurfsvoll gesagt, eher erschrocken, ahnend. Sein Knie vibriert nicht mehr, trotzdem meint man, ein Beben zu verspüren.

«Wir brauchen eine Mehrheit!» Er hat lauter gesprochen, als er es eigentlich wollte.

Nun sagt Knapp etwas: «Warum ändern nicht Sie ihre Meinung?»

Pause. Lang blickt gespannt zwischen Knapp und Boss hin und her.

«Meine Meinung ändern? Sind Sie wahnsinnig? Alle Welt weiss, dass ich seit Beginn für Vorschlag A war. Wie stellen Sie sich das vor? Wie würde ich denn dastehen nach einem hundertprozentigen Meinungsumschwung? Meine Glaubwürdigkeit wäre dahin, für immer. Nein, wir müssen eine andere Lösung finden.»

«Sie sind der Boss, Sie haben den Stichentscheid.»

Lang hat es ohne aufzuschauen gesagt.

Boss ist fassungslos. «Stichentscheid? Was soll denn das? Plötzlich wollt ihr, dass ich entscheide. Und nachher posaunt ihr herum, ich hätte meine Meinung durchgestiert; und wenn's schiefgeht, muss ich allein den Kopf hinhalten. Könnte euch so passen! Das nennt man Verantwortung abschieben! Braucht ihr eigentlich einen Papa, der euch sagt, was ihr zu tun habt?» Die letzten Worte hat er fast geschrien, und er hat mit der Faust auf den Tisch geschlagen. Das ist ihm noch nie passiert.

Nun ist man allgemein ratlos. Lang schreibt angestrengt auf seinen Block, Braun sucht etwas in seinen Unterlagen, Knapp schneuzt sich erneut.

«Bitte», sagt Boss, «kann denn hier niemand grosszügig denken? Ob A oder B ist gar nicht so wichtig, das Risiko danebenzugreifen besteht in beiden Fällen. Aber wir müssen entscheiden, als Gruppe, sofort! Jemand muss sich opfern ...», und als ihn alle plötzlich anschauen, hängt er mit versöhnlicher Stimme an: «Ich würde ja gerne ..., aber in meiner Position ist das ganz unmöglich, ihr versteht ...»

Die Türe ist aufgegangen, es ist Else. Boss ruft unwillig über die Schulter: «Ja, was denn?»

«Herr Direktor, es ist elf Uhr. Man wartet.»

Wie gelähmt starren alle auf Else. Dann steht Boss auf, wobei er seinen Stuhl umstösst. Er zieht Else ins Zimmer und schliesst hastig die Türe.

«Else, Sie müssen uns helfen», er lacht verlegen; die anderen schauen, Lang mit offenem Mund, «Sie sind doch unser Hausengel, nicht?»

Sie steht bei der Türe, abwartend, lauernd.

«Setzen Sie sich doch.» Sie bleibt stehen.

«Okay Else. Ich möchte, dass Sie A oder B sagen. Sie müssen gar nicht überlegen. Ganz spontan, ganz locker, A oder B.»

Er steht neben Else und hält sie am Arm. Immer noch grinsend, zwinkert er den andern am Tisch zu.

«A oder B?» fragt sie.

«Richtig. Entweder – oder.»

«Wie darf ich das verstehen?»

«Sie müssen nicht verstehen, Else. Sie müssen einfach nur A oder B sagen, ist doch ganz einfach.»

Else schaut zuerst Boss an, dann die andern, reihum.

Alle warten gespannt. Das einzige Geräusch, das man hört, kommt von Langs saugenden Lippen am Füller.

«Warum vibriert denn hier der Boden?»

«Mensch Else, was kümmert Sie jetzt der Boden! Ist doch völlig nebensächlich. Sagen Sie A oder B und machen Sie kein Theater; es ist sehr wichtig für uns!»

Else befreit ihren Arm aus seinem Griff. Dann sagt sie: «Welcher Vorschlag ist A, welcher B?»

Boss, fassungslos: «Sie sind informiert?»

«Ich bin des Lesens kundig, Herr Direktor, und ich habe eine Meinung. Ich finde, dass der eine Vorschlag ...»

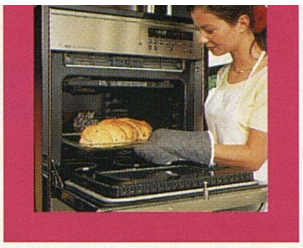
«Wir haben nicht im Sinn, die Varianten mit Ihnen zu diskutieren», fällt Boss ihr ins Wort. «Wenn Sie nicht den Mumm haben, Schicksal zu spielen, lassen Sie's bleiben.» Er wird zusehends nervöser. Mit seinem Taschentuch tupft er den Schweiss von der Stirne.

Im Vorzimmer klingelt das Telefon. Else lächelt.

«Der Boden wankt unter euren Füssen und ihr merkt es nicht», sagt sie und geht aus dem Zimmer.

«Else!», schreit Boss mit sich überschlagender Stimme, «Else, Sie sind entlassen, fristlos!»

Veronika Suter aus Zürich reichte diese Geschichte 1990 beim Wettbewerb um den Arbeiterliteraturpreis ein



SOMMERPARTY

Das Wetter am Wochenende: Sonnig und heiss. Temperaturen bis dreissig Grad. Keine Gewitter in Aussicht.» Diese Wetterprognose muss gefeiert werden! Und zwar bevor erste Gewitterregen zwar Abkühlung bringen, aber auch jedes Fest buchstäblich ins Wasser fallen lassen. Warum nicht spontan ein Sommerfest organisieren? Bei sich zu Hause oder im Garten von Freunden? Wir zeigen, wie's geht. Ohne komplizierte Organisation und ohne stundenlange Vorbereitung. Und mit der Möglichkeit, alle Rezepte der hier erwähnten Leckerbissen direkt zu bestellen.

Jeder Gast ein Freund und Helfer

Begeistert von der genialen Idee, eine Sommerparty unter Freunden zu feiern, wird jeder Gast gerne etwas zum Buffet beisteuern. Eine Liste mit allen benötigten Ess- und Trinkwaren erleichtert die Organisation und verhindert, dass zehn Säcke Chips, aber kein Dessert vorhanden sind. Auch das Gedeck sollen die Gäste ruhig von zu Hause mitnehmen. So wird die Umwelt vor schädlichem Plastikgeschirr verschont und der mühsame Abwasch nach der Party entfällt. Die kunterbunte Festtafel hat den weiteren Vorteil, dass jeder Gast sein halbvolles Glas und seinen halbleeren Teller immer wieder findet.

Wer bringt was mit?

Die wichtigste Planungsfrage lautet: Wer bringt was mit? Damit das Fest für alle ein Genuss wird, sollten die Gerichte möglichst unkompliziert und schnell zubereitet werden können. Muss etwas gekocht, gebacken oder sonstwie vorbereitet werden, sollten Gäste damit beauftragt werden, die nicht schon beim Anblick eines Kochlöffels das Weite suchen. Keine Angst, solche Menschen gibt's in jedem Freundeskreis. Auch die Kochungewohnten kommen ums Mithelfen nicht herum: Sie werden zum Mitbringen von Wein, Mineralwasser, Chips oder Fleisch angehalten.

Sommerbuffet: Jedem das Seine

Ein vielseitiges Sommerbuffet wird den verschiedenen Geschmäckern der Gäste am ehesten gerecht. Knackige Salate, frische Brote, würzig marinierte Grilladen und fruchtige Desserts sind ein Muss für jede Gartenparty. Doch auch hier gibt's überraschende Rezepte, die nicht schon jede/r kennt.

Apéro

Damit gleich zu Beginn des Festes alle in fröhliche Sommerstimmung geraten und den heissen Arbeitsalltag vergessen, empfehlen wir Blanc Cassis als Begrüssungsdrink. Noch nie gehört? Blanc Cassis ist nichts anderes als gekühlter Weisswein mit Cassis-Sirup-Eiswürfeln. Als alkoholfreie Alternative schlagen wir eine erfrischende Melonen-Kiwi-Bowle vor, die nach Wunsch auch mit Alkohol zubereitet werden kann. Den ersten Heisshunger stillen wir mit Blätterteiggebäck. Ob Rohschinken-Schnecken, Blätterteigstengel oder Minipizza: mit Fertigteig ist alles rassig zubereitet. Für Gemüse-Freaks sollte auch gesorgt sein. Frische Rohkost zum Dippen in exotischer Currysauce, in würziger Meerrettichsauce oder herber Kräutersauce wird Vegetarier begeistern.

Brote

Wie wär's mit einem selbstgebackenen Olivenbrot? Die Spezialität aus dem Süden bringt ein Hauch von bella Italia auch in Schweizer Gärten. Nur 45 Minuten dauert das Backen in einem herkömmlichen Backofen; noch schneller geht es in einem mit Mikrowelle kombinierten Gerät. Dieses eignet sich auch für eine Focaccia (Gewürz-Kräuterbrot) oder ein Kernenbrot. Ein Versuch lohnt sich auf jeden Fall!

Kalte Suppen

Was im Winter wärmt, kühlt im Sommer: Suppen. Melonen-, Gurken- oder Tomaten machen kalte Suppen zu einer willkommenen Erfrischung für alle Gäste.

Grillieren – und brillieren!

Auf Würste wird an dieser Party ausnahmsweise verzichtet. Schliesslich gibt es genügend andere Köstlichkeiten für Fleisch-, Fisch- und Gemüseliebhaber. Vegetarische Genüsse wie grillierte Auberginenscheiben, mit Ei gefüllte Tomaten oder heissgeliebte Zuckermaiskolben lassen sogar die Herzen von Fleisch-Fans höher schlagen. Fisch-Liebhaberinnen kommen mit gefüllter Forelle oder mit Olivenöl bepinseltem Tintenfisch auf ihre Kosten. Wer gerne Neues wagt, sollte es mit einem Pflaumenspiess oder einem Burgunderfladen versuchen. Beim Pflaumenspiess werden Dörrpflaumen mit Speck umwickelt und aufgespiesst. Der Burgunderfladen ist ein Hackplätzli mit einer mit Rotwein gefüllten Vertiefung, bestreut mit Roquefort. Natürlich dürfen die gewohnten Fleisch-Sorten nicht fehlen. Schweine- und Kalbfleisch und Geflügel erhalten durch eine Zitronenmarinade das gewisse Etwas. Eine Pfeffermarinade gibt Rind- und Schweinefleisch eine würzige Note. Wer Lamm mag, wird es mit einer Knoblauchmarinade heiss lieben. Das Pouletbrüstchen wird à l'indienne zubereitet: Curry und Mango geben ihm einen exotischen Goût.

Salate

Auch bei den Salaten gilt: Herkömmliches mit Unbekanntem mischen, und alle Gäste sind wunschlos glücklich. Unser Salatbuffet besteht aus einem Tomatensalat, einem grünen Marktsalat, einem Pastasalat und einem griechischen Salat. Hinzu kommen ein Bulgursalat (kalter Couscous an Zitronen-Pfefferminzsauce) oder ein Linsensalat.

Dessert

Eiskaltes Glacé darf an einem heissen Sommertag nicht fehlen. Selbstgemacht schmeckt es noch besser, auch wenn dafür etwas Zeit aufzuwenden ist. Ein Versuch mit hausgemachter Baileys-Glacé hat selbst Baileys-Ungewohnte überzeugt. Wer es fruchtiger mag, sollte es mit Aprikosen-Eis versuchen. Dazu passt etwas Frischgebackenes wie Heidelbeermuffins «real American style», ein Cornflakes-Cake oder Brownies. Auf Schleckmäuler wartet eine erfrischende Zitronenquarkcreme – aber nicht lange.

Getränke

Im Sommer sind kühle Getränke gefragt. Alkohol wird weniger getrunken. Dennoch empfiehlt sich ein kleiner Vorrat an Bier,

Weisswein oder Rosé. Beliebte Durstlöscher sind vor allem Mineralwasser, ob fruchtig oder natur, und selbstgemachter Eistee.

Unentbehrlicher Kühlschrank

Damit all die sommerlichen Köstlichkeiten auch wirklich knackig, frisch und kühl bleiben, ist ein Haushaltgerät unentbehrlich: der Kühlschrank. Im Winter, wenn Lebensmittel auch auf dem Balkon gekühlt werden können, ist seine Grösse nur von nebensächlicher Bedeutung. Im Sommer aber zeigt sich der wahre Kühlmeister. Nicht zu gross, aber auch nicht zu klein sollte er sein. In der Herstellung und in der Entsorgung so umweltschonend wie möglich. Vor der Gartenparty ist er am besten leergegessen, damit es viel Platz für Saucen, Salate, für Cremen und Getränke gibt. Platzt er dennoch aus allen Nähten, können Getränke problemlos in einem kühlen Brunnentrog oder im kalten Wasser der Badewanne frisch gehalten werden.

Natürliches Dekor

Natürlich braucht eine Sommerparty kein aufwendiges Dekor. Dennoch: Etwas schmückendes Beiwerk kann nicht schaden. Windlichter geben einem Sommerfest die richtige romantische Ambiance. Eine einfache Variante mit grosser Wirkung sind in bunte Gläser gelegte Rechaudkerzen. Im Kampf gegen ungeliebte, quälende Insekten haben sich spezielle Duftkerzen bewährt, die man auf den Tischen verteilt. Kleine Wiesenblumensträusschen in Joghurtgläsern, die mit einem bunten Band geschmückt sind, oder schlichte Efeublätter, überall verteilt, machen einen Tisch schnell zur einladenden Festtafel. Auch schöngebliebene Blätter verblühter Rosen eignen sich als Tisch-Schmuck. Tischtücher sind nicht nötig. Alte, weisse Leintücher geben dem Tisch aber zusammen mit Efeublättern eine edle Note.

Es kann losgehen!

Die Gäste sind eingetroffen, die Gläser gefüllt, das Buffet mit Köstlichkeiten reich beladen: Die Party kann starten. Eigentlich sollte jetzt nichts mehr schiefgehen, nur: Auch Wetterfrösche liegen manchmal falsch! Gute Laune behalten und sich schnell ins Trockene retten, heisst die Devise. Viel Vergnügen!

Zitronenquarkcreme

Zutaten

100 g Zucker, 2 Zitronen (Schale und Saft), 300 g Quark (3/4 fett), 2,5 dl Vollrahm, einige Zitronenmelisseblätter

Zubereitung

1. Zucker sowie Saft und abgeriebene Schale der Zitronen miteinander verrühren.
2. Quark beifügen und gut mischen.
3. Vollrahm darunterziehen und kühl stellen.
4. Mit Zitronenmelisseblättern garnieren.

Olivenbrot

Zutaten

1 kg Halbweissmehl, 1 Essl. Salz, 4 Essl. Olivenöl, 6 dl Wasser, 1 Hefewürfel, 100 g entsteinte Oliven

Zubereitung

1. Halbweissmehl, Salz und Olivenöl in eine Schüssel geben.
2. Hefe im Wasser auflösen, dann der Mehlmischung beigeben. Alles zu einem gleichmässigen, geschmeidigen Teig kneten.
3. Oliven kleinschneiden und in den Teig einkneten.
4. Den Teig zugedeckt auf das Doppelte aufgehen lassen, dann Brot formen und nochmals ca. 20 Minuten aufgehen lassen.
5. Im vorgeheizten Ofen bei 225 Grad während ca. 45 Minuten backen.

Rezepte von A (Apéro-Häppchen) bis Z (Zitronenquarkcreme)

Die Rezepte zu allen Party-Gerichten, die in diesem Text erwähnt sind, können Sie gratis und schriftlich bestellen bei:

V-ZUG AG
Daniela Hotz
Industriestrasse 66
6301 Zug

SPASS IM NASS

Mike Van Audenhove

SUCHBILD

Was gibt's schöneres als Ferien! Auf den Zwillingsinseln ist scheinbar alles gleich. Oder doch nicht? Fünf Unterschiede haben sich eingeschmuggelt.

PRO ART DESIGN

IMPRESSUM
EXTRA 2
Beilage zum «wohnen» Nr. 7/96

HERAUSGEBER
Schweizerischer Verband für Wohnungswesen SVW
Geschäftsführer Dr. Fritz Nigg

VISUELLES KONZEPT
RSA Ron Stocker Art Image & Medienkonzepte Zürich
Joëlle Lanoë & Ron Stocker

TEXT
Bettina Büsser
Veronika Suter
Mike Weibel
Jürg Zulliger
Regula Schwarzenbach
Panorama Press

BILD
Joëlle Lanoë
Daniel Tschanz
Roni Ulmann
Mike van Audenhove
Zefa

DTP
Katja Zvecevac
gdz ag Zürich

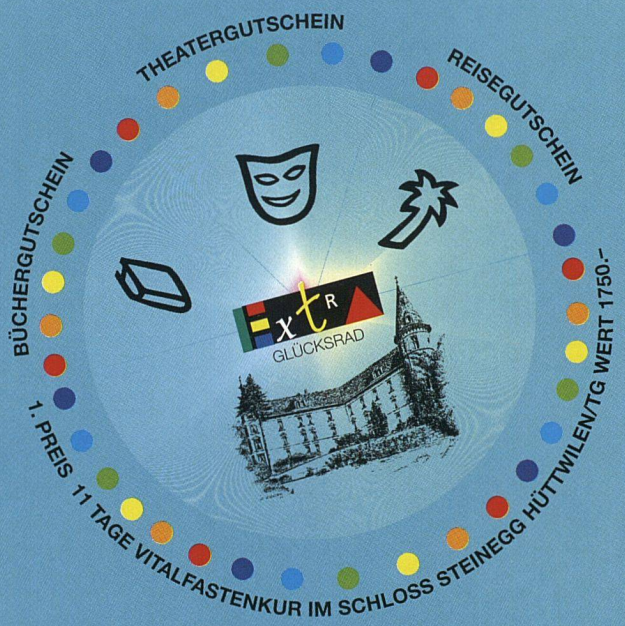
DRUCKVORSTUFE
DRUCK
& SPEDITION
gdz ag
Postfach
8021 Zürich
© SVW Juli 1996

DAS NEUE EXTRA-GLÜCKSRAD

Wie wär's mit einer Kur auf der Gesundheits-Insel Schloss Steinegg? Mit einem Besuch im Theater, einem neuen Roman oder einem Trip mit dem Postauto?

Schicken Sie uns das Lösungswort des Kreuzworträtsels, und wählen Sie auf dem Glückrad Ihre bevorzugte Gewinnchance. Als Extra-Preis offerieren wir eine 11tägige Vitalfastenkur auf Schloss Steinegg, Hüttwilen/TG, für eine Person im Wert von Fr. 1750.–.

Ausserdem gibt es drei Gutscheine (1 x 100.–, 2 x 50.–) nach Wahl zu gewinnen. Wir wünschen viel Glück!

Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Einsendungen bis 19.9.1996 an «wohnen», Preisrätsel, Bucheggstrasse 109, 8057 Zürich